

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

hier: fester Plenartag (Drs. 16/9189)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 16/9233)

Alexander König (CSU) 7280 7282 7283 7285 7287
 Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER)..... 7282
 Ulrike Gote (GRÜNE)... 7282 7285 7286 7287 7289
 Harald Güller (SPD)..... 7283 7285
 Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER)..... 7287
 Thomas Hacker (FDP)..... 7288 7289 7290
 Prof. Dr. Michael Piaolo
 (FREIE WÄHLER)..... 7289

Beschluss zum CSU/SPD/FREIE WÄHLER/GRÜNEN/FDP-Antrag 16/8366..... 7290

Beschluss zum CSU/FDP-Antrag 16/8367..... 7290

Beschluss zum GRÜNEN/SPD-Antrag 16/9187.. 7290

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 16/9188..... 7290

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 16/9189..... 7290

Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO

Harald Güller (SPD)..... 7291

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schadensbegrenzung für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Bayern nach Plagiatsaffäre zu Gutenberg (Drs. 16/7949)

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/8960)

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 7291 7292 7293
 Bernd Sibler (CSU)..... 7292 7294
 Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 7294 7295
 Prof. Dr. Michael Piaolo
 (FREIE WÄHLER)..... 7295
 Dr. Annette Bulfon (FDP)..... 7296
 Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch..... 7297

Beschluss..... 7297

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zusätzliche und unabhängige Gutachter für kerntechnische Prüfungen zulassen

(Drs. 16/8259)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 16/8863)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 7298
 7299 7300

Markus Blume (CSU)..... 7299 7300 7301
 Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 7300 7302
 Ludwig Wörner (SPD)..... 7301
 Tobias Thalhammer (FDP)..... 7302
 Staatssekretärin Melanie Huml..... 7303

Beschluss..... 7304

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Starke Kommunen: Spielhallenflut eindämmen - Baurecht ändern (Drs. 16/8320)

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 16/8990)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Begrenzung von Spielhallen und Spielautomaten (Drs. 16/8107)

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 16/8991)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD)

Bekämpfung von Spielsucht durch strengere Regelungen für Spielhallen und Spielautomaten und mehr Suchtprävention (Drs. 16/8324)

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 16/8989)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 7304 7311
 Christine Kamm (GRÜNE).... 7305 7309 7310 7312
 Helga Schmitt-Bussinger (SPD).... 7306 7309 7311
 Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 7307 7308 7309
 Jörg Rohde (FDP)..... 7310 7311 7312
 Staatssekretärin Katja Hessel..... 7312

Beschluss en bloc..... 7313

Dr. Pauli. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zusätzliche und unabhängige Gutachter für kerntechnische Prüfungen zulassen (Drs. 16/8259)**

Ich eröffne die Aussprache. Pro Fraktion werden fünf Minuten Redezeit gewährt. Als Ersten bitte ich Herrn Fahn ans Redepult.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Energiekommission offiziell beschlossen. Wir von den FREIEN WÄHLERN machen dabei mit, obwohl wir Kritik angebracht haben. Nachdem Kollege Thalhammer schon Vorschläge gemacht hat, meine ich, dass es auch um Fragen der Atomaufsicht gehen muss.

Es gibt ja schon einen Konsens: Atomausstieg bis 2022. Wir haben das als FREIE WÄHLER akzeptiert, obwohl der Ausstieg auch bis 2017 technisch machbar wäre; dazu gab es ein Gutachten aus dem Bundesumweltministerium.

Wir müssen in Deutschland also bis 2022 noch mit Störfällen rechnen. Unsere AKWs sind nach wie vor nicht gegen alle Flugzeugabstürze sicher. Es geht darum, größere Transparenz zu bekommen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Anlass unseres Antrags waren die Vorkommnisse um das AKW Grafenrheinfeld, das vor einigen Monaten in den Schlagzeilen war. Da gab es Zweifel und Fragen zu einem möglichen Riss, die von einem Abteilungsleiter oder von Wolfgang Renneberg vorgebracht, dann aber zurückgewiesen wurden. Dazu wurde dann immer wieder gesagt - auch von Umweltminister Söder -: Wir haben es schon zehntausendmal geprüft, haben aber nichts gefunden.

Dann wurde von dem Betreiber Eon bekannt gegeben, im Fall Grafenrheinfeld handle es sich um einen Mikroanriss mit einer maximalen Tiefe von 0,35 Millimeter. Das ist deutlich geringer, als bei den Ultraschallmessungen festgestellt wird.

Natürlich wurde uns mitgeteilt, der Riss sei sicherheitstechnisch unbedenklich und die Verlässlichkeit des Systems sei gewährleistet. Aber genau hier liegt das Problem. Man kann es glauben oder nicht glauben. Denn diese Äußerung stammt vom Betreiber. Der Betreiber hat natürlich - ich will ihm da aber nichts

direkt vorwerfen - die eigenen Interessen zu vertreten. Hätte es aber geheißen, das Öko-Institut Darmstadt oder das Umweltinstitut München hätten das Prüfungsergebnis mitgeteilt, dann wäre das Glaubwürdigkeitsproblem wahrscheinlich nicht aufgetreten. Die Presse sieht es inzwischen ähnlich. Im Fall Grafenrheinfeld ist weiterhin unklar, ob weitere Teile in den Anlagen existieren, die nicht den technischen Vorgaben entsprechen und daher die Sicherheit beeinträchtigen können.

Wir bedauern zum Beispiel auch, dass der SPD-Antrag zur Überprüfung der bayerischen Atomaufsicht vor einigen Wochen im Umweltausschuss abgelehnt wurde. Da ging es darum, dass bei der Internationalen Atomenergiekommission eine unabhängige Überprüfung aller bayerischen AKWs erfolgen sollte. Dies passierte schon 2008. Aber da ging es nur um den Bund und um Baden-Württemberg. Die Bayern waren bei verschiedenen Besprechungen dabei; mehr war es aber auch nicht.

Uns liegt das sechsseitige Gutachten vor. Daraus geht klar hervor, dass es eine zu große Nähe zwischen Gutachtern und Kraftwerksbetreibern gibt und dass deshalb erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit des TÜV geäußert werden. Gerade der TÜV Süd ist für Grafenrheinfeld zuständig. Umweltminister Söder lobte zwar immer wieder den TÜV Süd; aber in dem Gutachten von 2008, das uns vorliegt, steht klar, dass die Unabhängigkeit auch deshalb in Frage zu stellen sei, weil der Anlagenbetreiber die Sachverständigen finanziere.

Hier liegt ein wesentlicher Schwachpunkt der bayerischen Atomaufsicht. Wir benötigen deshalb hier unabhängige Gutachter.

In der Expertise des Umweltministeriums von 2008 gibt es noch verschiedene Details. Da wird der TÜV zur Problemlösung herangezogen. Es heißt, je mehr Sachverständige bzw. Betreiber Verantwortung übernehmen, desto mehr verliere auch ein staatlicher Kontrolleur seine Unabhängigkeit.

Es gibt auch Fälle, wo das Personal des AKW eine Begehung ohne den TÜV durchgeführt hat und der zuständige TÜV-Mitarbeiter das Begehungsprotokoll dennoch bestätigt hat.

Es gibt weitere verschiedene Verflechtungen zwischen TÜV Süd und Eon, zum Beispiel bei Projekten, die von diesen beiden auf dem Gebiet der Elektromobilität getragen werden. Außerdem wird von einer strategischen Partnerschaft zwischen TÜV Süd und Eon gesprochen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich bin gleich am Ende.

Warum ist uns das wichtig? Wahrscheinlich wird die Koalition das, was wir wollen, ablehnen. Aber das macht uns nichts aus. Wir haben das vor der Energiewende hundertmal erlebt. Von einer Stunde auf die andere wurde dann aber eine andere Konzeption vortragen. Wir meinen, dass für die Energiewende inzwischen auch die Bevölkerung sensibilisiert ist. Sie ist in den letzten Wochen und Monaten kritischer geworden. Wir müssen alles tun, um die verlorene Glaubwürdigkeit der Parteien wieder zurückzugewinnen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist seit über einer Minute zu Ende.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ein Satz noch. Die Bevölkerung will Transparenz und Offenheit, aber keine Vertuschung durch die Betreiber. Deshalb beantragen wir unabhängige Gutachter für die Atomkraftwerke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich weiß, dass es schwierig ist, wenn man den Zeitablauf nicht vor Augen hat. Ich glaube Ihnen, dass Sie nicht mit Absicht überzogen haben. Wenn die Kolleginnen und Kollegen einverstanden sind, würde ich nach Ablauf von vier Minuten und dreißig Sekunden ein wenig hinunterhauchen, dass die Zeit zu Ende geht. Dann wissen Sie in etwa, wie die Sache steht. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich es so machen. Sie sollen das nicht als Belästigung empfinden, sondern sich besser auf die Situation einstellen können.

Als Nächsten bitte ich Herrn Blume für die CSU nach vorne.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, ich freue mich auf Ihre Zeichen, aber ich hoffe, dass ich die Zeit nicht ganz brauche. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Fahn, Sie haben uns heute wieder ein atompolitisches Allerlei präsentiert.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wissen es besser!)

Sie haben schnell alles zusammengetragen, was Ihnen in den letzten Wochen zum Thema Atompolitik über den Weg gelaufen ist. Sie haben es einmal durchgequirlt und dann hier abgelaufen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh mei, oh mei!)

Wir hatten über dieses Thema im Umweltausschuss lange diskutiert und dabei den Eindruck gewonnen, dass nach den Ausführungen des Umweltministeriums dazu alles gesagt war. Deswegen bin ich davon überrascht, dass Sie über dieses Thema heute noch einmal diskutieren. Wenn es der Sache hilft, tun wir es gerne. Ihrem Vorschlag, diese Fragen in der Energiekommission künftig auszuleuchten, können wir gerne nähertreten. Die Kollegen sind darüber sicherlich alle sehr erfreut.

Zur Sache: Herr Dr. Fahn, Sie tun in Ihrem Antrag so, als würde die Atomaufsicht völlig freihändig durchgeführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es scheint aber so zu sein!)

Wir haben die Bundesreaktorsicherheitskommission. Das ist Ihnen bekannt. Dort gibt es einen Ausschuss für druckführende Komponenten und Werkstoffe. In diesem Ausschuss sind die führenden Materialprüfungsinstitute der Republik versammelt. Die Bundesreaktorsicherheitskommission hat auch den Stresstest durchgeführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben auch bis Herbst gesagt, Isar 1 ist sicher!)

Ich habe bisher nicht viel Kritik an diesem Gremium gehört, auch nicht an der Zusammensetzung. Sie wissen selbst, dass das Gremium auch an den Untersuchungen in Grafenrheinfeld beteiligt war. Sie wissen außerdem, dass wir eine bayerische Kommission für Reaktorsicherheit haben, in der weitere sachverständige Gutachter versammelt sind, so zum Beispiel das Öko-Institut. Nur eine Nebenbemerkung, weil Sie so auf das Öko-Institut abfahren: Nicht jedes Institut, bei dessen Namen "Öko" vorne dransteht, hat automatisch mehr Glaubwürdigkeit als der TÜV Süd.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Blume, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann?

Markus Blume (CSU): Das machen wir im Anschluss.

In Bayern haben wir mit diesen beiden Kommissionen zwei Stresstests durchgeführt. Wir hatten eine eingehende Untersuchung durch den TÜV Süd. Sie hatten das Angebot, das Sie im Übrigen nicht angenommen haben, dass wir uns im Ausschuss mit den Untersu-

chungsergebnissen aus Grafenrheinfeld ausführlich auseinandersetzen. Es gab immer die Bereitschaft, dies zu tun. Ich glaube auch, dass das Parlament ein legitimes Interesse daran hat. Deswegen ist Ihr Antrag jetzt nicht verständlich.

Wenn Sie den Eindruck erwecken, die Prüfung eines Kernkraftwerks sei ein trivialer Vorgang, bei dem man einfach hineinmarschiert, sich ein paar Rohre anschaut und dann sagt, Siegel drauf oder nicht, dann handeln Sie fahrlässig. Das wissen Sie ganz genau. Der Wahrheit halber muss man auch sagen, dass es nicht so einfach ist, einen Gutachter wie den TÜV Süd auszuwechseln. Das kann problematisch sein.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Deswegen soll es ein zusätzlicher Gutachter sein!)

- Haben Sie konkrete Vorschläge von Instituten, die diese Expertisen mitbringen können? Ich habe gerade zu erklären versucht, dass die Prüfung eines Kernkraftwerks eine einigermaßen komplexe Angelegenheit ist. Das funktioniert nicht so wie bei einer Modelleisenbahn, bei der ich nur nachschauen muss, ob die Anschlüsse richtig gesetzt sind. Sie können solche Vorschläge gerne machen. Ich glaube, dass der Weg, über die Reaktorsicherheitskommission den externen Sachverstand einzubinden, richtig war. Wenn Sie an den Ergebnissen Zweifel haben, können wir darüber gerne reden. Das Angebot dazu bestand zu jeder Zeit, es ist aber bisher von Ihnen nicht angenommen worden.

Wenn wir verlorenes Vertrauen - so haben Sie es genannt - zurückgewinnen wollen, wenn wir an der Glaubwürdigkeit arbeiten wollen, dann können wir dies gerne gemeinsam tun. Deswegen halte ich generell den konsensualen Weg auch für richtig. Dann sollten wir aber nicht den Verdacht weiterschüren, bevor wir auf der Basis von gefährlichem Halbwissen in diesen Prozess eingestiegen sind. Wir sollten denen vertrauen, die sich mit den Anlagen befassen. Wir können weitere Meinungen sekundär einholen. Ein Gutachterstreit zwischen denjenigen, die sich nur theoretisch mit den Problemen befassen, hilft uns nicht weiter. Dieser wird auch nicht dazu beitragen, dass in der Bevölkerung das Vertrauen wächst.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sie waren hervorragend in der Zeit. Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie haben das Beispiel Grafenrheinfeld angesprochen. Nachdem die Reaktorsicherheitskommission den Befund am Thermoschutzrohr aufgearbeitet hat, wurde im Umweltaus-

schuss ausführlich darüber diskutiert. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die Reaktorsicherheitskommission und der Unterausschuss Materialforschung erst tätig geworden sind, nachdem sie zufällig Wind von dem Vorfall in einem bayerischen Kernkraftwerk bekommen haben und das Bundesumweltministerium darauf gedrängt hat, in diesem Fall tätig zu werden, während in Bayern zwischen der Atomaufsicht, dem Umweltministerium, dem Betreiber und dem TÜV Süd Einigkeit darin bestand, diesen Fall nicht melden zu müssen? Ist Ihnen das bekannt, oder ist es Ihnen entgangen?

Markus Blume (CSU): Herr Kollege Hartmann, Sie glänzen bei diesem Thema immer mit vermeintlich großer Detailkenntnis.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die auch vorhanden ist!)

Ich will mit Ihnen darüber gar nicht in den Wettbewerb treten. Ich kann Ihnen nur das sagen, was wir wissen, was uns im Umweltausschuss berichtet wurde und was von Ihnen auch gar nicht angezweifelt wurde, dass der TÜV Süd und der Betreiber gemeinsam überhaupt erst zu diesem Ergebnis gekommen sind, welches damals übrigens nicht einmal Bestandteil des Prüfkatalogs war.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch schlimmer!)

Das war also eine freiwillige Leistung. Wenn jemand etwas hätte vertuschen wollen - ich sage es nur hypothetisch -, wäre nie etwas ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Danach gab es einen sehr transparenten Prozess, bei dem über dieses Ergebnis mit den zuständigen bayerischen Behörden und danach mit der Bundesreaktorsicherheitskommission diskutiert worden ist. Dabei ist man dann zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Vorgang kein Problem darstellt und dass man bei der nächsten Revision das entsprechende Rohr austauscht. Ich kenne überhaupt keinen Ansatz, bei dem man etwas skandalisieren könnte. Wir können gerne darüber weiterdiskutieren, aber ich glaube, der Blick zurück wird uns bei der Gestaltung der Energiewende nicht wirklich weiterhelfen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine weitere Zwischenbemerkung gibt es von Herrn Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Blume, Sie haben gefragt, warum wir dieses Thema noch einmal hochgezogen haben. Sie sind doch genauso wie ich im Umweltausschuss. Als dieser Antrag auf der Tagesordnung stand, war ein Herr vom Um-

weltministerium da. Als ich die Expertise des Umweltministeriums angesprochen habe, habe ich gemerkt, dass sie dieser Vertreter des Umweltministeriums gar nicht kannte. Das hat mich total verblüfft. Die sechsstufige Expertise aus dem Jahr 2008 war dem Herrn vom bayerischen Umweltministerium bei dieser Sitzung nicht bekannt. In dieser sechsstufigen Expertise sind die Verstrickungen zwischen dem TÜV Süd und Eon detailliert aufgeführt. Deshalb frage ich Sie, ob Ihnen das bewusst ist. Zum Zweiten frage ich Sie, ob Sie diese sechsstufige Expertise in der Zwischenzeit überhaupt einmal durchgearbeitet haben.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, dann scheint es, ehrlich gesagt, mir so gegangen zu sein wie dem Mitarbeiter des Umweltministeriums. Ich habe in der Umweltausschusssitzung auch nicht verstanden, von welchem Papier Sie fabuliert haben. Wenn Sie jedes sechsstufige Papier, auf dem etwas über Atompolitik geschrieben wird, wobei zufälligerweise Eon und der TÜV zusammenkommen, als Expertise bezeichnen, weil es zufälligerweise irgendein Beamter einmal als Ideenskizze entworfen hat, wenn Sie ein solches Papier als großes Gutachten anführen, halte ich es für eine gewagte Strategie. Ich kante es nicht.

(Beifall bei der CSU - Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER): Schwache Antwort!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die SPD bitte ich Herrn Wörner ans Mikrofon.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, dass man an Ihrer Wortwahl merkt, wie Sie immer nur herumreden. Was nicht sein kann, das darf nicht sein. Zur Not verstehen Sie es einfach nicht. Wechselweise wird gesagt: Ihr habt keine Ahnung. Wir wissen das sowie so besser.

Entstanden ist die ganze Situation der Verunsicherung durch das Ministerium. Zuerst durfte man gar nicht sagen, dass das ein Riss sei. Das sei ein Ereignis gewesen. So ist es losgegangen. Man ist gemäßregelt worden, wenn man gesagt hat, dass es ein Riss sein könnte. Irgendwann hat man sich auf das Ereignis verständigt, und dann war es doch ein Riss. Nach genauer Betrachtung hat man feststellen müssen, dass es zwischen den Aufsichtsbehörden unterschiedliche Einschätzungen gegeben hat - um es mal vorsichtig zu formulieren. Ist es meldepflichtig - ja oder nein? Im Zweifelsfall würde ich bei derartigen Anlagen sagen: Es ist eher meldepflichtig als nicht meldepflichtig. Ich möchte lieber auf der sicheren und nicht auf der unsicheren Seite stehen.

Meine Damen und Herren, das kann man beliebig fortsetzen. Es geht weiter mit dem Forschungsreaktor Garching. Korrodierendes Material darf nicht mehr Rost genannt werden, obwohl jeder, der ein wenig Ahnung hat, weiß, dass Korrosionsmaterial Rost ist. Meine Damen und Herren, solange Sie sich mit solchen Begriffsspielereien selber unglaubwürdig machen, müssen Sie sich gefallen lassen, dass man permanent nachfragt. Sie müssen sich gefallen lassen, dass Sie unglaubwürdig sind. Sie müssen sich gefallen lassen, dass man sich auf die Suche nach mehr Glaubwürdigkeit macht. Mehr will man nicht. Wir wollen Klarheit darüber, wer wann was tun darf. Ich will gar nicht bestreiten, dass es nicht einfach ist, Leute zu finden, die das können. Meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber sollten wir nachdenken. Ist es richtig, dass die Universität München für einen Reaktor der Universität München das Gutachten schreibt und dort ausführt, was passt oder nicht passt?

(Markus Blume (CSU): Das gehört nicht zu diesem Thema!)

- Lieber Herr Kollege Blume, selbstverständlich gehört das zu dem gesamten Thema. Ich weiß, dass Ihnen das unangenehm ist. Sie sollten jedoch nicht immer Fakten wegdrücken. An manchen Stellen würden wir uns dann viel leichter tun. Das geht nicht. Wenn das Gutachten vom TÜV bescheinigt wird - das passt schon - und sich hinterher herausstellt, dass es doch anders gewesen ist, sollten wir dies gemeinsam ohne Schaum vor dem Mund aufklären. Wir sollten das einfach und sachlich aufklären.

Es nützt nichts, wenn Sie mit Wortklaubereien versuchen auszubüchsen. Lassen Sie uns die Dinge benennen und abklären. Das ist für die Sache besser, als den Versuch zu starten, sich gegenseitig in die Augen zu gucken und etwas zu erzählen, das sich am Ende des Tages nicht als wahr erweist. Hinsichtlich des entstandenen Defizits bitten wir um Aufklärung. Wir wollen sicherstellen, dass zukünftig Menschen Gutachten schreiben, die soweit wie möglich unabhängig sind. Es ist richtig und falsch, dass es kein Gutachten gibt, das dem des TÜVs nahekommt. Sie wissen genau, dass ein Abteilungsleiter aus dem BMU dieses Papier geschrieben hat. Sie haben es gekannt und gesagt: Nein, ich kenne es nicht. Ein derartiger Umgang mit Daten und Fakten ist gefährlich und grenzwertig. Damit stellt man sich in die Unglaubwürdigkeit. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat Herr Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Blume, wenn ich Sie richtig verstanden habe, brächten uns der Antrag und die unabhängigen Prüfer hinsichtlich des Atomausstiegs und der Energiewende nicht weiter. Darüber kann man diskutieren. In diesem Punkt gebe ich Ihnen sogar recht. Aber es geht hier um die Sicherheit der Anlagen, nicht um die Energiewende.

Im Gegensatz zu den letzten zwölf Monaten in diesem Land gibt es jetzt einen großen Unterschied. Wir haben Kernkraftwerke, deren Laufzeiten - Gott sei Dank - zeitlich endlich befristet sind. Das bedeutet, dass die Anlage im Falle eines Vorfalls zwei, drei oder mehrere Wochen zur Prüfung abgeschaltet werden muss. Damit verlieren die Betreiber bares Geld. Das ist ein gewaltiger Unterschied zum Ist-Zustand vor zwölf Monaten. Vor zwölf Monaten wusste man, dass die Anlage, wenn sie vier Wochen abgeschaltet wird, länger laufen wird. Die Möglichkeit, Geld zu verdienen, wird dadurch weiter beschnitten, dass die Anlagen länger abgeschaltet werden müssen. Die Sorge um die Reaktorsicherheit in Bayern ist vor diesem Hintergrund durchaus gerechtfertigt. Die Betreiber werden immer auf schnelle Prüfungen drängen.

In den letzten Monaten wurde Grafenrheinfeld ausführlich angesprochen. Jeder weiß noch, wie es gelaufen ist. Erstmals wurde eine mögliche Messungenauigkeit genannt. Schließlich ist gesagt worden, es könnte eine leichte Verformung am Rohr sein. Einen Riss konnte man nie ausschließen. Trotzdem hat man ihn ausgeschlossen. Später kam heraus, dass das Bundesumweltministerium, wie schon angesprochen wurde, darauf bestanden hat, diesen Fall genauer zu untersuchen. Das Umweltministerium in Bayern, der TÜV und der Betreiber waren sich darüber einig, dass es kein meldepflichtiges, sondern ein bewertungspflichtiges Ereignis ist. Das wurde dann im Dezember korrigiert. Es ist hinreichend bekannt, dass das Element ausgetauscht worden ist. Wer hätte das gedacht: Das ausgetauschte Element hatte einen Riss.

Hinsichtlich der Atomaufsicht in Bayern muss man sich Sorgen im Zusammenhang mit Isar 1 machen. Als das geheime Gutachten der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit aufgetaucht ist, ging es in diesem Hause mit dem Thema los. Damals im Zuge der Terroranschläge ist über die Vernebelung nachgedacht worden. Laut dem Gutachten sind die Anlagen gegen Flugzeugabstürze nicht geschützt. Die Fraktion der GRÜNEN hat die gesamte Sicherheitsphilosophie

des Reaktors mit einem eigenen Sicherheitsgutachten erschüttert: Grundlegende Konstruktionsmängel, geringer Schutz gegen Einwirkungen von außen, ungelöste Rissproblematik und Alterungserscheinungen sowie Alterungsermüdungen am Material kamen zum Vorschein.

Ein österreichisches Gutachten, das im Oktober letzten Jahres veröffentlicht worden ist, hat Isar 1 alles andere als sicher bewertet. Der bayerische Umweltminister hat immer nur gesagt, aufgrund der zahlreichen Prüfungen sei die Anlage sicher. Im letzten Sommer des vergangenen Jahres hat selbst der TÜV in einem Gutachten, das man drei- bis viermal durchlesen musste, bis man merkte, was gemeint war, eine ganze Reihe der Mängel bestätigt. Man kann sich nicht einfach zurücklehnen.

Die Revision des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld wurde mehrfach verlängert. Es war die längste in der Geschichte dieser Anlage. Im August letzten Jahres gab es vier meldepflichtige Ereignisse. Diese ständige Verlängerung der Revision ist für die Betreiber mit der jetzigen rechtlichen Lage und den festen Enddaten für die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht mehr vereinbar und ein gewaltiger Verlust für sie. Aus diesem Grund muss dort näher hingeschaut werden. Das muss durch zusätzliche und unabhängige Gutachter geschehen. Anders kann die Sicherheit nicht garantiert werden. Der Rückblick auf die letzten zwölf Monate hat die bayerische Atomaufsicht nicht gut dastehen lassen: Wir drücken ein Auge zu. Es wird schon irgendwie gut gehen, war deren Motto.

So kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP hat Herr Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Sachverhalt ausführlich in den Ausschüssen diskutiert. Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, das nervt jetzt ein bisschen. Tut mir leid, dass ich das so deutlich sage. Als Abgeordneter darf man auch einmal deutlich sprechen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Risse nerven! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es nervt, weil etwas dran ist!)

Hier wird der Eindruck vermittelt, als ob wir damals etwas wegwischen wollten. Damals im Umweltausschuss, als wir zum ersten Mal von den Vorfällen in Grafenrheinfeld gehört haben, haben wir das Thema sehr ernst genommen. Alle zusammen haben wir das

zuständige Umweltministerium aufgefordert, uns klar und lückenlos Auskunft zu geben.

Wer dabei war, kann sich vielleicht daran erinnern. Ich war dabei. Eine Aufklärung über diesen Sachverhalt haben wir sehr ernst genommen. Das Ministerium hat den Auftrag des Umweltausschusses sehr ernst genommen und einen ausführlichen Bericht gegeben. Was haben wir aus diesem Bericht gelernt? Wir haben zwei Dinge gelernt: Zum einen haben wir gelernt, dass das Thermoschutzrohr einen Riss - so formulieren Sie es - von 0,35 Millimetern aufgewiesen hat. Das Wort "Mikroriss" ist vielleicht eher angebracht. Ich weiß gar nicht, ob man das überhaupt Riss nennen kann.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Mikroanriss!)

- Nennen Sie es, wie Sie wollen. Jedenfalls stellt dieser Riss nicht die größte Gefahr aller Zeiten dar.

Zum anderen haben wir gelernt, dass dieser Mikroanriss oder dieses Phänomen überhaupt erst durch eine freiwillige und - jetzt kommt es - vor allem innovative Prüfungsmethode, mit einem Schallverfahren gefunden werden konnte, das folgendermaßen funktioniert: Man hat durch ein neues Rohr Schallwellen gejagt und hat, vereinfacht gesagt, gehört, welche Schallwellen hinten ankommen. Dann hat man dasselbe beim Kraftwerk gemacht. Dort sind minimale Abweichungen vorgekommen. Deshalb gab es am Anfang eine Ungenauigkeit; man wusste nicht genau, ob es eine Delle oder was auch immer ist. Das wurde glaubhaft gesagt. Ich betone noch einmal: Das war freiwillig und das war eine neue innovative Methode. Eigentlich müsste auch von Ihrer Seite einmal ein Wort des Lobes kommen, dass man immer versucht, unsere Sicherheitsstandards und Sicherheitsüberprüfungen zu optimieren. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen. Infolgedessen - ich glaube, das haben wir ausführlich diskutiert - bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, dass wir immer wieder die Aufsicht infrage stellen und auch immer wieder eine Verbesserung erzielen müssen. Auch in unserer Energiekommission können wir uns dazu Gedanken machen. Wir müssen diesbezüglich aber nicht den Vorfall in Grafenrheinfeld instrumentalisieren.

Mir gefällt nicht, mit welchen Worten pauschal über den TÜV gesprochen wird. In Ihrer Begründung nennen Sie sogar Namen. Ich muss sagen, dass auch der TÜV für unser Land viel Gutes leistet.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das bestreitet keiner!)

Sie stellen die strategische Partnerschaft zwischen Eon und TÜV bei der Elektromobilität in Frage. Dazu muss ich Ihnen auch sagen, dass dabei vorzeigbare und gute Vorschläge herauskommen. Ich empfehle Ihnen: Laden Sie Herrn Altepost vom TÜV ein - ich nenne jetzt einen Namen, da Sie das in dem Antrag auch machen -; Sie werden von seiner Sachkompetenz und auch von seiner Begeisterung für die Elektromobilität begeistert sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt haben wir die Elektromobilität!)

In diesem Sinne glaube ich, dass wir über das Thema ausführlich diskutiert haben. Wir können den Antrag getrost ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich glaube, dass Sie unten auch keine Zeitanzeigen haben, das heißt, Sie wissen nicht, welche Restzeiten Ihnen offen bleiben. Deswegen nenne ich sie der Fairness halber zu diesem Antrag - bei den anderen Anträgen war die Redezeit ausgeschöpft. Ich bitte, das aber nicht unbedingt als Aufforderung zu verstehen. Ich habe die Erfahrung gemacht: Wenn wir ohne Uhr sprechen, hat jeder das Gefühl, dass die fünf Minuten schon um sind, obwohl das nicht so ist. Die SPD hätte noch eine Minute Redezeit, die GRÜNEN 1 Minute 10 Sekunden und die FDP 1 Minute 20 Sekunden. Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll. Deswegen bitte ich für die Staatsregierung abschließend Frau Huml ans Mikrofon. Bitte.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Fragen zur Thematik wurden im Ausschuss schon ausführlichst beantwortet, wie wir von den Kollegen schon gehört haben. Wir vom Umweltministerium sind selbstverständlich weiterhin bereit, Fragen dazu zu beantworten, wenn denn weitererklärungsbedarf vorhanden sein sollte. Lieber Herr Fahn, wir stehen selbstverständlich weiterhin zur Verfügung, wenn Sie denn weitere Auskünfte benötigen sollten. Ich bin aber der Auffassung, dass schon sehr ausführlich darüber debattiert wurde. Man muss auch sagen, dass zwischenzeitlich sowohl die Revision des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld als auch die Sonder- und Sicherheitsprüfungen der Kernkraftwerke auf Landes- und Bundesebene durchgeführt wurden, dass dort neben dem TÜV Süd auch andere Gutachter unabhängig zugelassen waren, mit einbezogen wurden, dass also Ihrem Wunsch Rechnung getragen wurde. Ich denke an das Umweltministerium, das Landesamt für Umwelt und weitere unabhängige Expertengremien, die fachlich in die Prüfungen einbezo-

gen waren. Daran merkt man, dass das, was Sie im Antrag aufgeführt haben, entsprechend umgesetzt wurde.

Ich denke an die Jahresrevision 2010 in Grafenrheinfeld, wo der Ausschuss "Druckführende Komponenten und Werkstoffe" der Reaktorsicherheitskommission fachlich mit einbezogen worden ist. Ich denke daran, dass auf Bundesebene bei den Sicherheitsüberprüfungen die Reaktorsicherheitskommission des Bundes und die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mitgeprüft haben. Ich denke daran, dass bei den bayerischen Prüfungen die Bayerische Kommission für Reaktorsicherheit mitbegleitet und bewertet hat. Einige Herrschaften sind dabei gewesen, zum Beispiel Dipl.-Ing. Kurth vom Öko-Institut Darmstadt, Dipl.-Ing. Bandholz, Prof. Fischer, Prof. Schwarz, Dr. Kalkhof. Namhafte Personen aus unterschiedlichsten Professionen waren einbezogen und sind dabei gewesen. Deshalb meine ich, dass man bereits in Ihrem Sinne und auch im Sinne des Antrags gehandelt hat und dass dieses Thema damit sozusagen abgeschlossen ist. Wir sind aber, wie gesagt, jederzeit bereit, weitere Fragen zu beantworten.

Wir haben schon gehört: Der TÜV Süd ist weltweit viertgrößter Prüf- und Zertifizierungsdienstleister und international fachlich in höchstem Maße anerkannt. Ich meine, das sollte man auch nicht ganz außer Acht lassen. Nichtsdestotrotz: Sollten Sie Fragen haben, beantworten wir vom Umweltministerium sie gerne.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und können die Aussprache schließen.

Ich komme zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt auf Drucksache 16/8863 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Pauli. Wer dem Antrag nicht zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen; ich bitte also, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 bis 31 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Starke Kommunen: Spielhallenflut eindämmen - Baurecht ändern (Drs. 16/8320)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Begrenzung von Spielhallen und Spielautomaten (Drs. 16/8107)

und

Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u. a. (SPD)
Bekämpfung von Spielsucht durch strengere Regelungen für Spielhallen und Spielautomaten und mehr Suchtprävention (Drs. 16/8324)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von sieben Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich bitte als ersten Redner Herrn Pohl für die FREIEN WÄHLER ans Mikrofon.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spielhallenflut eindämmen - ich meine, das ist eine wichtige Sache; denn gerade in den letzten Wochen und Monaten hat die Anzahl dieser Vergnügungsstätten deutlich zugenommen. Die Spielhallenanzahl hat natürlich auch zur Folge, dass Suchtgefahren und andere unerwünschte Dinge zunehmen.

(Eberhard Sinner (CSU): Da wurden Sie öfter gesichtet!)

- Herr Kollege, ich weiß nicht, wie viele Spielhallen es im Landkreis Main-Spessart gibt, offensichtlich noch nicht genügend, weswegen Sie an diesem Thema einen besonderen Gefallen finden. Herr Kollege Felbinger kann Sie vielleicht einmal auf eine Landkreistour mitnehmen; dann zählen Sie die Spielhallen, und dann sagen Sie mir, ob Sie der Meinung sind, dass das in Ihrem Landkreis ein Thema ist oder nicht.

Meine Damen und Herren, wie kann man dieses Problems Herr werden? Um eines vorwegzuschicken: Uns geht es nicht darum, mittelständische Existenzen zu vernichten. Uns geht es nicht darum, Berufsverbote ins Leben zu rufen. Das wäre auch verfassungsrechtlich nicht zulässig. Es geht auch nicht darum, einen Berufsstand zu kriminalisieren. Wir müssen uns aber diesem Problem stellen und müssen es in geordnete Bahnen überführen. Dazu, meine Damen und Herren, haben wir den Antrag gestellt, dass sich die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat für eine Änderung des Baurechts einsetzen soll, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, die Zahl der Spiel-